

PRÄAMBEL

Auf Grund des § 1 Abs. 3 und des § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) und des § 40 der Niedersächsischen Gemeindeordnung hat der Rat der Gemeinde Wallenhorst diese 7. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 111 "Zentrum Wallenhorst", bestehend aus der nachstehenden textlichen Festsetzung als Satzung beschlossen.

Wallenhorst, 30.01.1995.

.....gez. Schawe.....
(Ratsvorsitzender)

(Siegel)

.....gez. Klein.....
(Gemeindedirektor)

Die im Bebauungsplan Nr. 111 "Zentrum Wallenhorst" festgesetzten öffentlichen Verkehrsflächen mit den besonderen Zweckbestimmungen "Fußgängerbereiche" und "Verkehrsberuhigte Bereiche" werden mit dieser 7. Änderung als

ÖFFENTLICHE VERKEHRSFLÄCHEN gem. § 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB

festgesetzt.

Aufgestellt im Auftrage und Einvernehmen mit der Gemeinde Wallenhorst:

Osnabrück, 25.01.1995

8621-VII/4

PLANUNGSBÜRO DIPL. ING. GARTHAUS
ARCHITEKTUR . STÄDTEBAU . ORTS- UND UMWELTPLANUNG
LENGERICHER LANDSTRASSE 19 4 9 0 7 8 O S N A B R Ü C K
TELEFON (05 41) 44 11 01-2 TELEFAX (05 41) 44 11 03

Handwritten signature: H. J. J. J. J.

ERFAHREN

Der Rat der Gemeinde Wallenhorst hat in seiner Sitzung am -- die Aufstellung der 7. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 111 "Zentrum Wallenhorst" beschlossen. Der Aufstellungsbeschuß ist gem. § 2 Abs. 1 BauGB am -- ortsüblich bekanntgemacht.

Wallenhorst,

.....
(Gemeindedirektor)

Der Verwaltungsausschuß der Gemeinde Wallenhorst hat in seiner Sitzung am 12.07.1994 dem Entwurf der 7. Änderung des Bebauungsplanes und der Begründung zugestimmt und die öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB beschlossen. Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wurden am 01.08.1994 ortsüblich bekanntgemacht. Der Entwurf der 7. Änderung des Bebauungsplanes und der Begründung haben vom 16.08.1994 bis 16.09.1994 gem. § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegen.

Wallenhorst, 30.01.1995.

Siegel

.....gez. Klein.....
(Gemeindedirektor)

Der Rat der Gemeinde Wallenhorst hat die 7. Änderung des Bebauungsplanes nach Prüfung der Bedenken und Anregungen gem. § 3 Abs. 2 BauGB in seiner Sitzung am 13.12.1994 als Satzung (§ 10 BauGB) sowie die Begründung beschlossen.

Wallenhorst, 30.01.1995.

Siegel

.....gez. Klein.....
(Gemeindedirektor)

Die 7. Änderung des Bebauungsplanes ist gem. § 11 Abs. 3 BauGB dem Landkreis Osnabrück angezeigt worden. Der Landkreis Osnabrück hat mit Verfügung vom erklärt, daß keine Verletzung von Rechtsvorschriften geltend gemacht werden.

Osnabrück,

im Auftrage:

.....

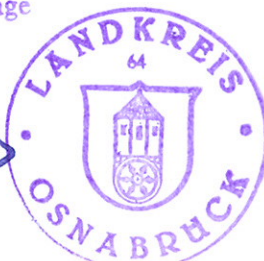
Im Anzeigeverfahren gem. § 11 (3) BauGB
habe ich mit Verfügung vom heutigen
Tage unter Erteilung von Auflagen/Maß-
nahmen keine Verletzung von Rechtsvor-
schriften geltend gemacht.

Osnabrück, den 13. Feb. 1995

Landkreis Osnabrück
Der Oberkreisdirektor

~~in Vertretung~~

Im Auftrage



Die Durchführung des Anzeigeverfahrens (§ 11 Abs. 3 BauGB) ist gem. § 12 BauGB am 15.03.1995 im Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück bekanntgemacht worden. Die 7. Änderung des Bebauungsplanes ist damit am 15.03.1995 rechtsverbindlich geworden.

Wallenhorst, 04.05.1995

Siegel

gez. Klein
.....
(Gemeindedirektor)

Innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten des Bebauungsplanes ist die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften beim Zustandekommen des Bebauungsplanes nicht geltend gemacht worden.

Wallenhorst,

.....
(Gemeindedirektor)

Innerhalb von sieben Jahren nach Inkrafttreten des Bebauungsplanes sind Mängel der Abwägung nicht geltend gemacht worden.

Wallenhorst,

.....
(Gemeindedirektor)